

30.04.2014 - Die deutsche Sozialdemokratie 1914

Die Waffen hoch

von Arno Klönne

Friedrich Engels verstand etwas von der Realität des Militärischen im Prozess der Geschichte. Im Jahre 1887 schrieb er über einen drohenden modernen Krieg: «8?10 Millionen Menschen, Soldaten, werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des 30jährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine Verwilderung der Heere wie der Volksmassen...»

Das bestätigte sich ab 1914. Aber Engels irrte, langfristig jedenfalls, in seiner Annahme, dass aus der «allgemeinen Erschöpfung» dann schließlich ein «Sieg der Arbeiterklasse» hervorgehen werde.

In den Jahren vor 1914 befand sich in den wichtigsten europäischen Ländern die Arbeiterbewegung als anwachsende gesellschaftliche Opposition auf der Bahn des Erfolges. Der Erste Weltkrieg hatte international ihre Spaltung zur Folge, historisch nachhaltig. Eine sozialdemokratische und eine kommunistische Richtung gerieten in Feindschaft zueinander. In der Arbeiterklasse verlor der Internationalismus an Kraft. In Deutschland trug, gegen den Willen der Mehrheitssozialdemokratie, der Widerstand aus der Arbeiterbevölkerung dazu bei, 1918 dem Krieg und der Monarchie ein Ende zu machen.

Aber fünfzehn Jahre später kam hier der deutsche Faschismus an die Macht. In Russland siegte 1917 die Revolution, «Sozialismus in einem Land» wurde versucht, Demokratie entwickelte sich nicht, wohl aber staatliche Gewaltherrschaft. Der hitlerdeutsche Zugriff konnte noch zurückgeschlagen werden, aus dem Weg in den Kommunismus wurde nichts, das sowjetische System war auf Dauer nicht überlebensfähig. In der Gegenwart ist die Linke in Europa im Sinne einer Alternative zum herrschenden kapitalistischen Gesellschaftszustand nicht annähernd so kräftig, wie sie es in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war ? oder zu sein schien. Der historische Bruch ist zu datieren mit «1914».

Den Krieg verhindern

Im Jahre 1907 hatte die II. Internationale auf ihrem Kongress in Stuttgart ein «Manifest über die Kriegsgefahr und die Aufgaben des internationalen Proletariats» beschlossen und angekündigt, «alles aufzubieten, um ... den Ausbruch des Krieges zu verhindern». Allerdings wurde darauf verzichtet, das wirksamste Mittel zu diesem Zweck zu nennen: den politischen Streik. Bedenken dagegen hatten vor allem deutsche Sozialdemokraten geäußert, sie folgten dabei gewerkschaftlichen Vorständen.

Als im Juli 1914 die Konflikte der imperialen Großmächte im europäischen Raum sich kriegstreiberisch zuspitzten, richteten sich die Hoffnungen der Arbeiterparteien in anderen europäischen Ländern auf die deutsche Sozialdemokratie. Das Deutsche Reich hatte eine Schlüsselposition, wenn es darum ging, auf eine militärische «Lösung» zu setzen oder diese zu vermeiden, Deutschlands Sozialdemokratie wiederum war die mitglieder- und wählerstärkste und am besten organisierte Partei der Linken in Europa.

Der Vorstand der SPD warnte vor dem Weg in den Krieg und rief am 25. Juli zu Massendemonstrationen für eine Politik des Friedens auf. Die fanden auch statt. Am 29. Juli aber erhielt der Kanzler des Deutschen Reiches die vertrauliche Mitteilung aus sozialdemokratischen Führungskreisen, bei Kriegsausbruch werde sich die Partei «patriotisch» verhalten. Einen Tag vorher hatte die Habsburger Monarchie, von der deutschen Regierung angeeifert, Serbien den Krieg erklärt, am 29. wurde Belgrad bombardiert. In Russland war eine Teilmobilmachung angeordnet, damit begründete das Deutsche Reich seine Kriegserklärung gegen das Zarenreich am 31. Juli, als Akt der «Verteidigung» deklariert. Am 2. August erklärte Deutschland auch Frankreich den Krieg. Dass daraufhin Großbritannien in den Krieg eintreten würde, war vorauszusehen, der europäische Krieg war entfesselt. Um «Schlafwandeln» handelte es sich bei alledem keineswegs.

Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten im Deutschen Reich hätten den Einstieg in einen Krieg dieser Dimensionen nicht riskiert, wenn mit einem entschiedenen und organisierten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie und der ihr verbundenen Gewerkschaften zu rechnen gewesen wäre.

Burgfrieden

Am 2. August erklärte der Vorstand der Gewerkschaften sich für einen «Burgfrieden» mit der Unternehmerschaft. Einen Tag später beschloss die sozialdemokratische

Reichstagsfraktion in ihrer Sitzung mehrheitlich, Kriegskrediten ihre Zustimmung zu geben. Vierzehn kriegsgegnerische Abgeordnete, Karl Liebknecht gehörte zu ihnen, erhoben Einspruch. Aber auch sie brachen aus der Fraktionsdisziplin nicht aus, als am 4. August die Sozialdemokratie im Parlament in aller Form dem Krieg Kredit gab. «Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich», erklärte die SPD-Reichstagsfraktion. Die erste totale Mobilmachung in der Moderne konnte anlaufen ohne Widerspruch der Arbeiterorganisationen, militärisch und an der «Heimatfront». Wilhelm Liebknecht hatte 1892 noch Bertha von Suttners pazifistischen Roman Die Waffen nieder im Parteiblatt Vorwärts abgedruckt, jetzt war ein «Die Waffen hoch» der parteioffizielle Wille der Sozialdemokratie. Und Wilhelm Zwo konnte verkünden, nun kenne er keine Parteien mehr, nur noch Deutsche.

Bei linken Parteien in anderen europäischen Ländern machte das Beispiel der deutschen Sozialdemokraten Schule, nationalmilitärische Gesinnung verbreitete sich ? freilich nicht überall und nicht ohne Kritik und Widerstand im Terrain der Arbeiterbewegung. Erste Strukturen einer internationalen Zusammenarbeit kriegsgegnerischer Sozialisten bildeten sich heraus. Die ab 1915 in Zürich herausgegebene Zeitschrift Jugend-Internationale, organisiert von dem jungen Willy Münzenberg, zeugt eindrucksvoll von dieser Entwicklung. Im Konflikt mit der «Burgfriedenspolitik», quer durch die Nationen, lag der Impuls zur Herausbildung einer neuen, nun als kommunistisch sich verstehenden Internationale.

Verrat?

Wie war es möglich, dass die deutsche Sozialdemokratie, die doch als Hort der Opposition gegen den obrigkeitsstaatlichen Militarismus gegolten hatte, im August 1914 sich dem «vaterländischen» Kommando unterwarf?

Ohne analytischen Wert ist die Erklärung, tückische Parteiführer hätten die eigene Weltanschauung «verraten». Einem Blick auf die historische Realität hält auch die Deutung nicht stand, die Spitze der Partei habe sich bei Kriegsbeginn einem Ausbruch von «patriotischer» Leidenschaft an ihrer Basis und in der Arbeiterbevölkerung nolens volens anschließen müssen. Zwar schwelgten die meisten «Denker und Dichter» in Deutschland 1914 in kriegerischer Euphorie, und im deutschen Bürgertum herrschte militärische Begeisterung vor ? aber im proletarischen Milieu sah man den Kriegsausbruch überwiegend mit Sorge, man ahnte Schlimmes. Nicht anders war es im kleinbäuerlichen Milieu. Bei den Unterschichten wurde auch der Optimismus, zu

Weihnachten seien die ausrückenden deutschen Soldaten siegreich wieder zu Haus, keineswegs geteilt. Allerdings ergab sich aus solchen Vorbehalten, Einwänden und Befürchtungen noch kein Widerstand gegen den Krieg.

Und was die Sozialdemokratie angeht ? ihr «Antimilitarismus» vor 1914 war in mehrfacher Hinsicht brüchig. Zu einfach machen es sich Geschichtsinterpreten, die das mit dem Konflikt von «Reformisten» und «Radikalen» in der Partei erklären oder die Bereitschaft zum «Burgfrieden» dem Mangel an «marxistischer» Unterweisung zuschreiben. Der Antimilitarist Karl Liebknecht, der schon im Laufe des Jahres 1914 aus der Fraktionsdisziplin ausscherte und couragiert gegen die Kriegsherren auftrat, war, auf die Theorie hin gesehen, kein «Marxist». Und als in der Sozialdemokratie der Protest gegen den Kriegskurs an Boden gewann und sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bildete, wurden dort nicht wenige «Revisionisten» aktiv, Kurt Eisner etwa ist zu nennen.

Bismarxistisch

Was also konnte Sozialdemokraten dahin bringen, in das «Die Waffen hoch» einzustimmen? Da kam manches zusammen.

Erstens der durchaus «materialistisch» daherkommende, vor allem in den Gewerkschaften verbreitete «Standort»-Glaube. die Meinung also, in der Konkurrenz von Staaten um Weltmacht und Weltmarkt komme national das Interesse der Arbeiterschaft mit dem des industriellen Kapitals zusammen, im Krieg sei, was gut für Krupp, gut auch für Krause. Ein deutscher «Platz an der Sonne» werde auch dem deutschen Proletariat Glück verschaffen. Der Kampf der Klassen werde abgelöst durch den kriegerischen Konflikt der Nationen.

Zweitens die Fixierung auf die staatliche Organisation der Gesellschaft. Der «Burgfriede» brachte den Gewerkschaftsorganisationen und auch Funktionären der sozialdemokratischen Partei vielgestaltige, bis dahin verweigerte behördliche Anerkennung und Beteiligung an der Kriegsverwaltungswirtschaft. Von «Kriegssozialismus» war bei sozialdemokratischen Intellektuellen freudig die Rede. Der «ärmste Sohn» habe sich als «treuester» erwiesen und werde nun dafür volksgemeinschaftlich belohnt.

Drittens die unbewusste Einpassung auch vieler Sozialdemokraten in die mentalen

Muster Preußen-Deutschlands ? in eine gesellschaftliche «Marschordnung», mit Führern und Gefolgschaften, wo Disziplin zu halten war, Abweichler nicht geduldet wurden. Boshaft, aber nicht unzutreffend hat Erich Mühsam die damalige deutsche Sozialdemokratie als «bismarxistisch» bezeichnet. Als die Vorstände von Gewerkschaften und Partei sich für die Kriegstreue entschieden hatten, war es auch bei Andersdenkenden an der Basis der Partei erst mal zu Ende mit den Demonstrationen für Frieden.

Viertens die traditionelle sozialdemokratische Einstellung gegenüber Russland, verbunden mit der Illusion einer «progressiven» geschichtlichen Funktion militärischer Gewalt. Das zaristische System galt ? nicht zu Unrecht ? der deutschen Sozialdemokratie als besonders reaktionär, und eine kriegerische Auseinandersetzung mit den «Moskowitern» schien geeignet, dem Fortschritt voranzuhelfen. Krieg als «Lokomotive der Revolution» ? für diese Deutung konnte, wer wollte, Anhaltspunkte auch in den Schriften von Karl Marx finden. Zum Pazifismus hat die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 mehrheitlich kein produktives Verhältnis gefunden; überwiegend wurde er als «bürgerlich» und gefühlsmäßig geringgeschätzt.

Dem Krieg Kredit geben

Geschichtsphilosophische Konstrukte können den Blick auf die Wirklichkeit des Krieges verstellen. Im Jahre 1914 fehlte es bei vielen sozialdemokratischen Intellektuellen und Funktionären an der Sicht auf die brutalen Folgen moderner, staatlich organisierter militärischer Gewalt. Die Millionen Opfer des Weltkriegs, die Eingewöhnung in Gewalt, die Zerstörung des zivilisatorischen Bestands waren gedanklich nicht im Kalkül.

An der Entwicklung der Opposition gegen den «Burgfrieden» ab 1915/16 hatten theoretisch und praktisch radikale Sozialisten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wichtigen Anteil, aber notwendig hinzu kamen der Wirklichkeitssinn in der Arbeiterbevölkerung, die Empörung über das Menschenschlachthaus, die Wut über Hunger, Schikane und Ausbeutung in der «Heimat», der Zorn auf die Kanonenkönige und Feldmarschälle.

Bemerkenswert: Dem mehrheitssozialdemokratischen Parteivorsitzenden Friedrich Ebert blieb das alles fremd. Revolutionäres Aufbegehren hasste er, und die heimkehrenden Soldaten empfing er mit dem folgenreichen Spruch, sie seien «im Felde unbesiegt». So wurde dem Krieg nicht nur Kredit gegeben, als er begann ?, ihm kam noch eine



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

Segnung zu, als er verloren war. Auch das ist ein Teil der Geschichte deutscher Sozialdemokratie.